

LÜBECKISCHE BLÄTTER

14. April 1990 · Heft 8 · 150./155. Jahrgang · Zeitschrift der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit · Gegr. 1789

Inhalt:

<i>Programm von Industrie und Handel zur Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Mecklenburg und dem Wirtschaftsraum Lübeck</i>	113
<i>Malanggan – Bruchstücke einer Tradition</i>	117
<i>Schleswig-Holstein Musik Festival im 5. Jahr: Eklat blieb aus</i>	119
<i>Der Lübecker Totentanz – Eine Aufführung im Jahre 1921</i>	121

Programm von Industrie und Handel zur Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Mecklenburg und dem Wirtschaftsraum Lübeck

Bericht von Hauptgeschäftsführer Dr. Jürgen Pratje vor der Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer zu Lübeck

Lübeck und sein Umfeld – ein herausragender Wirtschaftsraum im Kammerbezirk Lübeck – waren über Jahrhunderte Drehscheibe für die kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen im gesamten Ostseeraum. Seit dem 9. November 1989 hat der Standort „Wirtschaftsraum Lübeck“ wieder eine völlig neue Qualität erhalten. Die Grenze zur DDR hat ihre bisherige trennende Funktion verloren. Damit gewinnen die Stadt und ihr Wirtschaftsraum das Hinterland zurück, das für Jahrzehnte verschlossen war. Daraus ergeben sich für die Wirtschaft und für Technologieaktivitäten im Kammerbezirk neue und wichtige Aufgaben.

In den Bezirken Rostock, Schwerin und Neubrandenburg leben etwa 2,1 Millionen Menschen. Es dürfte realistisch sein, davon rund 600 000 Einwohner zum direkten Einzugsgebiet des Lübecker Wirtschaftsraumes zu rechnen.

Vor der Ziehung der Grenze zur DDR war Lübecks Wirtschaft je nach Branche zwischen 40 bis 60 Prozent ausgerichtet auf Mecklenburg, Vorpommern, Brandenburg bis nach Sachsen und Schlesien. Mecklenburger fuhren nach Lübeck zum Einkaufen, die Industrie und der Großhandel lieferten in diese Regionen und bezogen von dort Grundstoffe und andere Güter. Nach dem Krieg wurden diese traditionellen Wirtschaftsbeziehungen abrupt unterbrochen. Nunmehr eröffnen sich völlig neue Perspektiven. Statt in Nord-Süd- kann nunmehr auch wieder verstärkt in Ost-West-Richtung gedacht und gehandelt werden. Nach der Fülle der deutsch-deutschen Begegnungen,

wie sie erfreulicherweise und augenfällig täglich auf den Straßen Lübecks stattfinden, werden sich allmählich auch die konkreten wirtschaftlichen Kontakte wieder vertiefen zum Nutzen beider Partner. Die Industrie- und Handelskammer zu Lübeck ist hierfür die wichtigste Koordinationsstelle.

Die Hansestadt Lübeck mit ihren 210 000 Einwohnern kann nunmehr wieder zum zentralen Ort in einem Ballungsraum werden, in dem insgesamt knapp eine Million Menschen wohnen, bisher rechnete man für den Wirtschaftsraum Lübeck gut 350 000. Allein dieser Zahlenvergleich verdeutlicht, welche ungeheueren Aufgaben zum Beispiel auf Handel, Industrie und Bauwirtschaft zukommen. Die Logistik für die Versorgung der neuen Käuferschichten ist aufzubauen, ein veraltetes Straßennetz ist für ein gesamtdeutsches Verkehrsaufkommen zügig auszubauen, die Eisenbahnlinien sind wiederherzustellen beziehungsweise zu modernisieren – dies vor allem in der seit 40 Jahren stagnierenden Ost-West-Richtung –, Gewerbe- und Wohnungsbau erwarten Auftragschübe.

Alles in allem ist wirtschaftlicher Aufbruch vorgezeichnet, der den ohnehin guten Standortfaktoren des Wirtschaftsraums Lübecks noch mehr Gewicht verleihen wird.

Aber: Dies alles wird nicht über Nacht oder kurzfristig zu realisieren sein. Geduld und Augenmaß sind vonnöten.

Ausgangssituation

Politische Reformen sind in der DDR eingeleitet beziehungsweise beschlossen worden. Grundlegende Wirtschaftsreformen wurden bisher überwiegend nur angekündigt, die Währungsprobleme sind ungelöst. Die beabsichtigte Einführung der sozialen Marktwirtschaft dürfte ein längerfristiger Prozeß sein, es sei denn, die Verhältnisse verlangten eine schnellere Durchsetzung.

Das bisherige System des innerdeutschen Handels ist durch ergänzende Bestimmungen zum Teil „liberalisiert“ worden. Bei Realisierung einer Währungsunion wird es aller Voraussicht nach hinfällig werden.

Nötig für eine effektive Zusammenarbeit sind:

- vorrangige Grundsatzentscheidungen
 - Einführung der Gewerbefreiheit,
 - Eigenverantwortlichkeit der Unternehmen,
 - Zulassung von Privateigentum an Produktionsgütern, Privatisierung, zumindest „Entstaatlichung“ bestehender Unternehmen,
 - Neuordnung des Geldwesens mit dem Ziel der Konvertibilität der Währung,
 - freie Preisbildung auf den Güter- und Faktormärkten (Tarifautonomie),
 - Neuordnung des Kredit- und Versicherungswesens;